

# Willkommen in der Deutschen Sozialistischen Demokratie

## Bundesrat beschließt Totalüberwachung

In der 795. Sitzung des Bundesrates[1] vom Freitag, den 19.12.2003  
wurde u.a. folgender Beschluss gefasst:

### Top 29: Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes [2]

*„...Verkehrsdaten sind für die Dauer von sechs Monaten zu speichern.“,*

d. h. alle Verkehrsdaten die beim Telefonieren, beim Versand von SMS, beim E-Mailen oder auch beim Surfen anfallen, müssen sechs Monate lang von den jeweiligen Telekommunikationsanbietern gespeichert werden.[3, 4]

Im Klartext bedeutet diese Vorratsdatenspeicherung  
zweierlei:

- Strafverfolger, Geheimdienste und Verfassungsschützer und Bundesfinanzbehörden können von jedem beliebigen Bürger ausgiebige Nutzungsprofile erstellen, d.h. Wer hat Wann mit Wem und oft auch Was (beim Internetsurfen) kommuniziert! Auch wenn im Originalentwurf noch von 12 Monaten Speicherdauer die Rede war, hat sich grundsätzlich nichts an der Situation geändert, denn es werden mehr Daten als jemals zuvor — eben nicht nur Daten die für die Abrechnung notwendig sind — erfasst und über längere Zeit gespeichert.
- Jeder wird von vornherein als Beschuldigter eingestuft, d.h. die im Rechtsstaat vorgesehene Unschuldsvermutung gilt nicht mehr.

Die Begründung *„Der Vorschlag des Bundesrates zielt nicht auf einen ‚gläsernen Bürger‘ ab. Die Vorratsdatenspeicherung soll gerade nicht beim Staat erfolgen, sondern*

*bei Privatunternehmen. Die Kosten, die für die einzelnen Unternehmen entstehen, sind überschaubar.“* ist lächerlich, da die Behörden praktisch jederzeit problemlos Zugriff auf diese Daten haben. Außerdem zeigt die praktische Erfahrung, dass einmal erhobene Daten mißbraucht werden und weitere Begehrlichkeiten auf noch mehr Datenmaterial nicht ausbleiben werden. Die Speicherung bei den Privatunternehmen dient nur der Verlagerung der Kosten.

Abgesehen davon, haben die Volksvertreter mit diesem Beschluss ein weiteres Mal nicht nur ihre demokratisch-freiheitliche, sondern auch ihre technische Inkompetenz unter Beweis gestellt. Sie haben wohl keine Vorstellung von den anfallenden Datenmengen und den damit verbundenen Kosten für Speicherung und Verarbeitung derselben.

Zu dieser Totalüberwachung der Bürgerkommunikation passt auch das von der Bundesregierung am 21.08.2002 beschlossene, „Modellvorhaben JobCard Zentrale – Speicherung von Arbeitnehmerdaten unter Einsatz der elektronischen Signaturkarte“.[5]

In dasselbe Schema passt auch das über Weihnachten öffentlich bekannt gewordene Vorhaben an zentralen Punkten

die Autokennzeichen aller (!) Fahrzeuge per Videokamera zu erfassen und die extrahierten Daten mit Polizeidatenbanken abzugleichen.[6] Glücklicherweise gibt es die DDR nicht mehr, so daß man heute anstelle von personalintensiven mit Ferngläsern bewaffneten Uniformierten auf Wachtürmen an den (Transit-) Straßen auf moderne kamera-bestückte Stahlkonstruktionen und automatisierte computer-gestützte Auswertung zurückgreifen kann.

Datenschutz hin oder her, niemand kann garantieren, daß einmal erhobene Daten tatsächlich ausschließlich zweckbestimmt benutzt oder tatsächlich wieder gelöscht werden. Außerdem wird die Zweckbestimmtheit im Laufe der Zeit ganz von selbst ausgeweitet werden. Dazu kommen noch die Begehrlichkeiten von Geheimdiensten. Und worin besteht letztendlich der prinzipielle Unterschied zwischen Stasi und KGB einerseits zu Verfassungsschutz und BND andererseits? Es gibt keinen!

Lassen wird uns die in letzter Zeit beschlossenen und geplanten Maßnahmen noch einmal langsam durch den Kopf gehen:

### *Speicherung der Verbindungsdaten bei der Telekommunikation.*

Hier sollten jetzt aber wirklich Nägel mit Köpfen gemacht werden und der unsägliche Artikel 10 [Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis] des Grundgesetzes ersatzlos gestrichen werden, da er nun wirklich nicht mehr benötigt wird. Das würde den Gesetzesdschungel auch gleich etwas lichten.

### *Bundesweites Zentralregister aller Bankkonten*

Leider soll dieses Register nur den Bundesfinanzbehörden zugänglich sein. Eigentlich Schade, denn als offenes Register für jedermann ließe sich viel mehr Nutzen daraus ziehen. Bei fälligen Zahlungen kein lästiges Nachfragen nach Kontonummern mehr, da man selbst umgehend und 24 Std. am Tag Nachschlagen kann. Auch Erbschaftsangelegenheiten werden vereinfacht, da es keine „vergessenen“ Konten des Erblassers mehr geben kann.

Da zu jeder Kontonummer in dem Register selbstverständlich auch die Steuernummer verfügbar ist, lassen sich auch Rechnungssteller und Zahlungsempfänger durch den Bürger verifizieren.

Sicherheitsbedenken von Abgeordneten und regierungsnahen Personen und Organisationen bestehen nicht, da

diese die relevanten Konten bereits seit längerem im Ausland führen.

### *Permanente Überwachung von Kfz-Bewegungen*

Hierbei ist zu beachten, daß Kameras relativ wartungsintensiv, wetterabhängig und bei Verschmutzungen (Objektiv oder Nummernschild) wirkungslos sind. Auch arbeitet die automatische Bildverarbeitung nicht perfekt. Warum verpflichtet man nicht per Gesetz die Autoindustrie auf Einbau eines Transponders (RFID), wie sie ja bald (s.u.) in bzw. auf allen Waren zu finden sein werden, in jeden Wagen. Da das Auslesen der Daten berührungslos — einfach durch Passieren einer gedachten Linie — erfolgt, ist auch die Anbringung der Erfassungsgeräte wesentlich einfacher, da kein enger Blickwinkel auf einen bestimmten Wagenteil (bspw. Nummernschild) notwendig ist. Das System ist wetterunabhängig, gesuchte Fahrzeuge oder Fahrzeuge ohne Transponder (strafbar) können sofort angehalten werden. Je nach zur Verfügung stehenden Geldmitteln läßt sich das System auch langsam oder schnell ausbauen. Erst werden nur große Verkehrswege, später dann auch kleinere Verbindungswege damit ausgerüstet. Die moralisch-volkswirtschaftlichen Vorteile sind enorm:

- Mautgebühren lassen sich so wesentlich genauer, d.h. gerechter, erfassen und auch kleinere Orte und Gemeinden — und nicht nur Großstädte, wie in London bereits gängige Praxis — sind in der Lage Gebühren für die Einfahrt ohne kostenintensives Personal zu erheben.
- Die Sicherheit für alle steigt, da fremde Fahrzeuge bereits bei Einfahrt in eine Region identifiziert werden können.
- Fuhrunternehmen können jederzeit feststellen wo sich ihre Fahrzeuge befinden und ob sich der Fahrer an die vorgegebene Route hält.
- Aus der Geschwindigkeit zwischen zwei Punkten läßt sich an vielen Stellen ein automatisches Geschwindigkeitskontroll- und Ordnungswidrigkeitensystem aufbauen.

Bleibe allerdings noch die Frage zu klären warum sich Fahrradfahrer, Fußgänger und Bahnreisende unkontrolliert bewegen dürfen. Wäre nicht im Sinne der Gleichbehandlung und Verbrechensbekämpfung auch eine Kontrolle dieser Personenkreise wünschenswert?

### *Jobcard*

Warum fasst man das nicht gleich auf dem geplanten Mikrochip des mit biometrischen Daten gesicherten Personalausweises zusammen? Dies spart Verwaltungsarbeit und auch -kosten und ist außerdem noch ökologischer, da ressourcensparender.

### *Elektronische Krankenakte*

Wie auch bei der Jobcard wäre bei der „MediCard“ eine Zusammenlegung mit dem Personalausweis mehr als sinnvoll, damit Rettungsdienste sofort die gesamte Krankengeschichte zur Verfügung haben und sowohl Angehörige als auch Arbeitgeber umgehend über den Krankheitsfall und die voraussichtliche Dauer des Arbeitsausfalles in Kenntnis gesetzt werden können.

### *Handel und Wirtschaft kennzeichnen alle Waren mit Transpondern (RFID) anstelle des Strichcodes.*

Neben dem Diebstahlschutz im Laden und der Erstellung von Kundenprofilen für eine gezielte Bedienung des Kunden lassen sich außerdem die Einzugsgebiete von Geschäften genauer analysieren. Auch die Versicherungswirtschaft könnte enorm profitieren. Beispielsweise würden bei Abschluß einer Hausratversicherung der Police einfach die Identifikationsnummern der versicherten Gegenstände hinzugefügt. Versicherungsbetrug wie Hehlerei stünden vor dem aus. Verlorengegangene Gegenstände ließen sich auch recht problemlos dem Eigentümer zurückgegeben.

### *Sperrverfügungen zu Internetseiten der Düsseldorfer Bezirksregierung [7]*

Diese Maßnahmen gehen zwar in die richtige Richtung, doch leider wurde die Bezirksregierung hier durch noch bestehende Gesetze behindert. Eine effektivere Kontrolle ließe sich nur dann erreichen, wenn ausschließlich behördlich zugelassene IP-Adressen angesteuert werden dürfen. Hierzu müßte man nur die nach außen weiterleitenden technischen Einrichtungen (Router, Switches etc.) und die DNS-Server unter behördliche Aufsicht stellen. Dadurch würde ein einheitliches deutsches Internet geschaffen werden. Sozusagen ein GermNet, der Keim eines neuen Netzes.

Soweit zu den beschlossenen bzw. diskutierten Maßnahmen der Regierungsvertreter. Ist aber zum Schutze des freien und mündigen Bürgers etwas nicht bedacht

worden? Ich finde ja, zwei Punkte bedrohen unsere Sicherheit weiterhin und sollten schnellstmöglich gesetzlich geregelt werden:

### *Reisen außerhalb Deutschlands*

Wo immer wir hinreisen, wir sind gefährdet. Ausschließen läßt sich dies nicht, sofern man nicht auf Reisen verzichten will. Aber wir, d.h. die Solidargemeinschaft, können versuchen zu helfen, wenn etwas passiert ist. Dies ist nur dann möglich, wenn die Behörden wissen wo sie helfen sollen. Auch muß die Frage der Kosten geregelt werden. Hierfür sollte über die Einführung einer „ReiseCard“ nachgedacht werden, die als Versichertenpflichtkarte, analog zur Kfz-Haftpflichtversicherung funktionieren soll. Länder und Regionen werden in Risikoklassen eingeteilt an Hand derer die Versicherungsprämie vor der Reise errechnet wird. Auf der ReiseCard werden alle Reiserouten gespeichert, da die Häufigkeit von Reisen in die Prämienberechnung mit einfließt. Vielreisende haben ein höheres Risiko und zahlen so eine höhere Prämie. Vor Abreise hinterlegt man die ReiseCard einfach bei seiner Meldestelle, damit die Behörden im Unglücksfall sofort helfend zur Seite stehen können.

### *Ausländer, spez. orientalischer Herkunft*

Bisher können sich ausländische Mitbürger orientalischer Herkunft unkontrolliert in unserem Lande bewegen, obwohl doch allgemein bekannt ist, das sie für unsere Sicherheit eine nicht zu unterschätzende Gefahr darstellen. Vielleicht sollten wir zur Lösung dieses Problemes das Nahost-Modell aus Israel in Betracht ziehen, wo man den Palästinensern durch Sicherungsanlagen abgegrenzte Auslaufflächen zur Verfügung stellt, d.h. sie werden auf größere Lager konzentriert um so besseren Schutz gewährleisten zu können.

Selbstverständlich fallen alle erhobenen Daten unter das Datenschutzgesetz und sind nur dem dafür berechtigten Personenkreis (Behörden, Arbeitgeber, Finanzinstitute, Rechtsvertreter, Schufa, Handelskammern, Gesundheitswesen und sonstigen Personen mit begründetem Interesse.....) zugänglich.

Es gibt nun Menschen die behaupten die beschlossenen, diskutierten und noch fehlenden Maßnahmen seien sozialistisch, andere wiederum halten sie für faschistoid. Aber dies ist definitiv falsch. Hier scheint unserer Regierung die Quadratur des Kreises zu gelingen, es ist nicht

entweder oder sondern sowohl als auch, eine echte *sozialistische Demokratie!* Und dies sollte doch mindestens einen Friedensnobelpreis wert sein, oder etwa nicht?

Bei den Maßnahmen zeigt sich auch, was die Volksvertreter wirklich von den von ihnen ach so gelobten Menschenrechten [8] halten, nämlich nichts! Andernfalls müßten sich bspw. die Mitglieder des Bundesrates und Herr Büsow von der Bezirksregierung Düsseldorf schon längst selbst eingesperrt haben:

#### Artikel 11

*(1) Jeder, der wegen einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, hat das Recht, als unschuldig zu gelten, solange seine Schuld nicht in einem öffentlichen Verfahren, in dem er alle für seine Verteidigung notwendigen Garantien gehabt hat, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.*

#### Artikel 19

*Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.*

Da diese sogenannte Regierung bisher alles in den Sand gesetzt hat, was sie angepackt hat, wird sie wohl diese Maßnahmen mit dem notwendigen Nachdruck verfolgen. Jeder, besonders aber Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und deren Zuträger, der jetzt noch weiter diesem Staat zuarbeitet, sollte sich wirklich gut überlegen was er tut. Seit dem Ende der Nazizeit ist die Aussage „...ich habe doch nur Befehle ausgeführt.“ keine ausreichende Entschuldigung mehr.

**Wie lange sollen wir die Maßnahmen dieser dubiosen Volksvertreter noch ertragen müssen? Die Verantwortlichen sind deutlich zu weit gegangen! Sie müssen aufgehalten und aus dem Dunstkreis der Macht entfernt werden!**

Andreas Beck

## Referenzen

1. Bundesrat  
<http://WWW.Bundesrat.DE/>
2. 795. Sitzung des Bundesrates vom 19.12.2003  
[http://WWW1.Bundesrat.DE/coremedia/generator/Inhalt/DE/1\\_20Aktuelles/1.4\\_20Informationsdienst\\_20Beschl\\_C3\\_BCsse/1.4.8\\_20Beschl\\_C3\\_BCsse\\_20der\\_20795\\_20Sitzung/index,templateId=renderUnterseiteKomplett.html](http://WWW1.Bundesrat.DE/coremedia/generator/Inhalt/DE/1_20Aktuelles/1.4_20Informationsdienst_20Beschl_C3_BCsse/1.4.8_20Beschl_C3_BCsse_20der_20795_20Sitzung/index,templateId=renderUnterseiteKomplett.html)
3. Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes (TKG) (Drucksache 0755\_2D03) [25 MByte (sic!)]  
[http://WWW1.Bundesrat.DE/coremedia/generator/Inhalt/Drucksachen/2003/0755\\_2D03,property=Dokument.pdf](http://WWW1.Bundesrat.DE/coremedia/generator/Inhalt/Drucksachen/2003/0755_2D03,property=Dokument.pdf)
4. Beschluss (Drucksache 0755-03B) [248 kByte]  
[http://WWW1.Bundesrat.DE/coremedia/generator/Inhalt/Drucksachen/2003/0755\\_2D03B,property=Dokument.pdf](http://WWW1.Bundesrat.DE/coremedia/generator/Inhalt/Drucksachen/2003/0755_2D03B,property=Dokument.pdf)
5. Modellvorhaben JobCard [144 kByte]  
<http://WWW.bmwa.bund.DE/Redaktion/Inhalte/Downloads/job-card,property=pdf.pdf>
6. Spiegel-Online: POLIZEI – Big Brother im Tunnel  
<http://WWW.Spiegel.DE/spiegel/0,1518,279744,00.html>
7. Gerichtliche Entscheidungen zu den Sperrverfügungen  
[http://www.brd.nrw.de/BezRegDdorf/hierarchie/themen/Sicherheit\\_und\\_Ordnung/Medienmissbrauch/Gerichtliche\\_Entscheidungen\\_zu\\_den\\_Sperrverf\\_\\_gu\\_ngen\\_bzgl\\_rech\\_tsextremistischer\\_Internet\\_\\_\\_Inhalte.php](http://www.brd.nrw.de/BezRegDdorf/hierarchie/themen/Sicherheit_und_Ordnung/Medienmissbrauch/Gerichtliche_Entscheidungen_zu_den_Sperrverf__gu_ngen_bzgl_rech_tsextremistischer_Internet___Inhalte.php)
8. OHCHR-UNOG: Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte  
<http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm>